



**Oktober 2009**

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Untersuchungsanlage</b> .....	<b>1</b>
<b>Analyse</b> .....	<b>3</b>
Zusammenfassung.....	4
Erwartungen an Schwarz-Gelb: Bündnis für Wachstum, Bildungschancen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie .....	5
Mehrheit erwartet keine sozialpolitische Eiszeit unter Schwarz-Gelb.....	7
Schwarz-Gelb: CDU und FDP passen gut zusammen, Differenzen aber zwischen CSU und FDP vermutet.....	8
Neues Kabinett: Guttenberg, von der Leyen und Westerwelle sind Favoriten der Deutschen für Ministerämter, viele Aspiranten aber nicht bekannt.....	9
Neuausrichtung der SPD: Bundesbürger unterstützen Programmkorrekturen, nicht aber koalitionspolitische Öffnung gegenüber Linkspartei.....	10
Sonntagsfrage: 95 Prozent würden wieder so wählen wie am 27. September.	11
Haushaltsprioritäten: Ausgaben für Bildung und Gesundheit sind Deutschen am wichtigsten.....	13
Nichtwähler: Jeder zweite Nichtwähler wollte von vornherein nicht wählen .....	15

## **Untersuchungsanlage**

## ARD - DeutschlandTREND Oktober 2009

### Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

#### Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	05. bis 07. Oktober 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Oktober 2009  
67.10.105457

## Analyse

## Zusammenfassung

Eine schwarz-gelbe Regierung, über deren Bildung derzeit verhandelt wird, weckt insbesondere in Wirtschaftsfragen das Vertrauen der Bundesbürger. Für sieben von zehn ist Schwarz-Gelb die richtige Regierung, um für neues Wirtschaftswachstum zu sorgen. Aber auch außerhalb der Wirtschaftspolitik punktet Schwarz-Gelb. Sechs von zehn betrachten ein bürgerliches Bündnis als richtige Regierung zur Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit. Mehr als die Hälfte traut Schwarz-Gelb zudem zu, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung zu sorgen. Wenn es darum geht, für soziale Gerechtigkeit, angemessene Löhne und eine bessere Integration von Einwanderern zu sorgen, überwiegen dagegen Zweifel. Ungeachtet der Skepsis in Fragen der sozialen Gerechtigkeit geht das Gros der Bundesbürger unter Schwarz-Gelb nicht von einer anbrechenden sozialpolitischen Eiszeit aus: Nur jeder Fünfte glaubt, dass es mit dem Regierungswechsel künftig ungerechter zugehen wird.

Die populären Unions-Minister aus der großen Koalition, Karl-Theodor zu Guttenberg und Ursula von der Leyen sind auch die Favoriten der Deutschen für das nächste Kabinett. Drei Viertel der Bundesbürger wünschen sich den bisherigen Wirtschaftsminister als Minister in eine schwarz-gelbe Regierung, sieben von zehn Ursula von der Leyen. Von den FDP-Politikern erhält Guido Westerwelle den mit Abstand größten Zuspruch. Ihn wünschen sich zwei Drittel der Bundesbürger in ein Ministeramt.

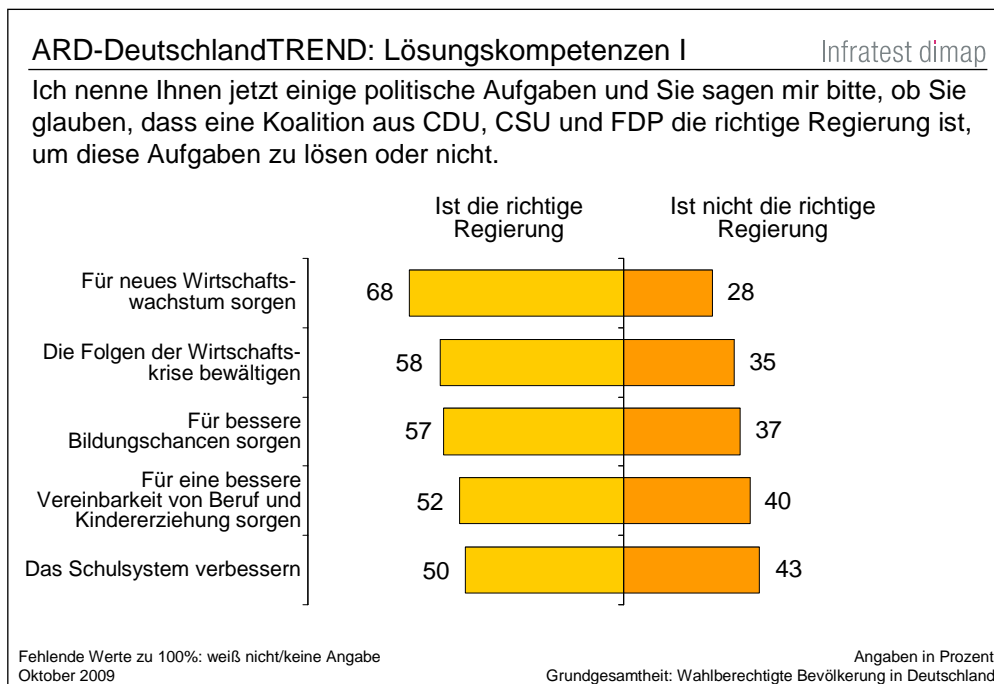
Nach der Wahlniederlage finden Vorschläge zur Korrekturen bei der SPD-Programmatik bei den Bundesbürgern große Unterstützung: Drei Viertel halten Forderungen an die SPD, unter die Hartz-IV-Politik einen Schlusstrich zu ziehen, für richtig, ebenso viele unterstützen den Vorschlag, die Rente ab 67 wieder abzuschaffen. Eine koalitionspolitische Neuorientierung der SPD im Bund in Richtung Linkspartei sehen die Deutschen dagegen eher skeptisch. Sechs von zehn halten eine solche für falsch.

Der Berliner Politikbetrieb hat nach der Wahl die politische Stimmung nicht wesentlich verändert. Eine Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt würde den Ausgang vom 27. September weitgehend bestätigen: Die Union könnte aktuell mit 34 Prozent rechnen, die SPD mit 23 Prozent. Die FDP käme auf 14 Prozent, die Linkspartei auf 13 Prozent. Die Grünen würden aktuell 11 Prozent erzielen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Oktober, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 05. bis 07. Oktober 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

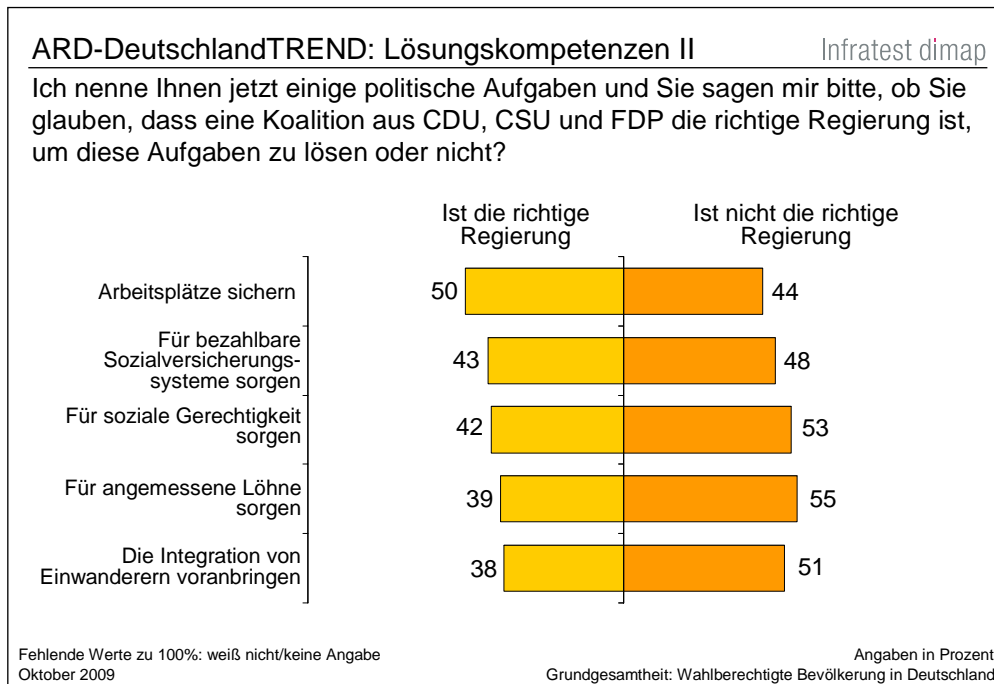
## Erwartungen an Schwarz-Gelb: Bündnis für Wachstum, Bildungschancen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die schwarz-gelbe Regierung, über deren Bildung derzeit Unionsparteien und FDP miteinander verhandeln, weckt insbesondere in Wirtschaftsfragen das Vertrauen der Bundesbürger. Für sieben von zehn ist Schwarz-Gelb die richtige Regierung, um für neues Wirtschaftswachstum zu sorgen (68 Prozent). Nach Ansicht von 58 Prozent ist Schwarz-Gelb zugleich auch das richtige Regierungsbündnis, um die Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen.



Aber auch außerhalb wirtschaftspolitischer Felder weckt Schwarz-Gelb positive Erwartungen. Sechs von zehn (57 Prozent) betrachten sie als richtige Regierung zur Schaffung besserer Bildungschancen. Mehr als die Hälfte (52:40 Prozent) traut ihr zudem zu, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung zu sorgen.

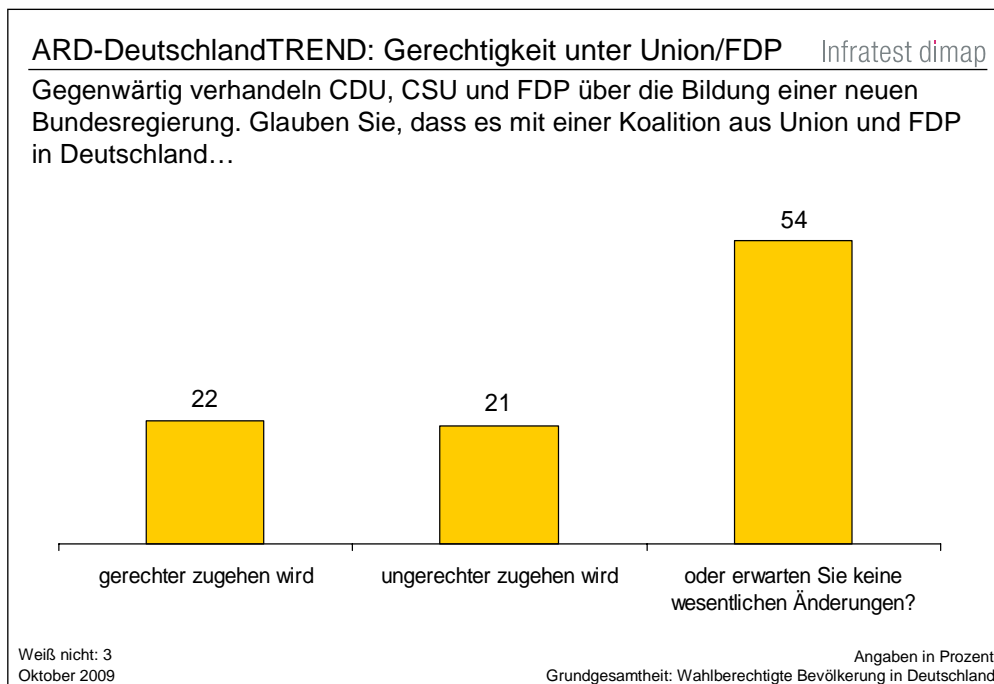
Weniger deutlich sind die Erwartungen an Schwarz-Gelb in der Schulpolitik (50:43 Prozent), wohl auch deshalb, weil diese Länder- und nicht Bundessache ist. Ähnlich uneindeutig fallen die Erwartungen mit Blick auf Arbeitsplätze und Sozialversicherungssysteme aus: Für 50 Prozent ist Schwarz-Gelb die richtige Regierung, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu erhalten, etwa ebenso viele aber haben diesbezüglich Zweifel (44 Prozent). 43 Prozent trauen einem bürgerlichen Bündnis zu, für bezahlbare Sozialversicherungen zu sorgen, 48 Prozent bleiben hingegen skeptisch.



Wenn es darum geht, für soziale Gerechtigkeit (53:42 Prozent), angemessene Löhne (55:39 Prozent) und eine bessere Integration von Einwanderern (51:38 Prozent) zu sorgen, überwiegen die Zweifel an Schwarz-Gelb. Dies gilt insbesondere in Fragen der Lohnpolitik.

## Mehrheit erwartet keine sozialpolitische Eiszeit unter Schwarz-Gelb

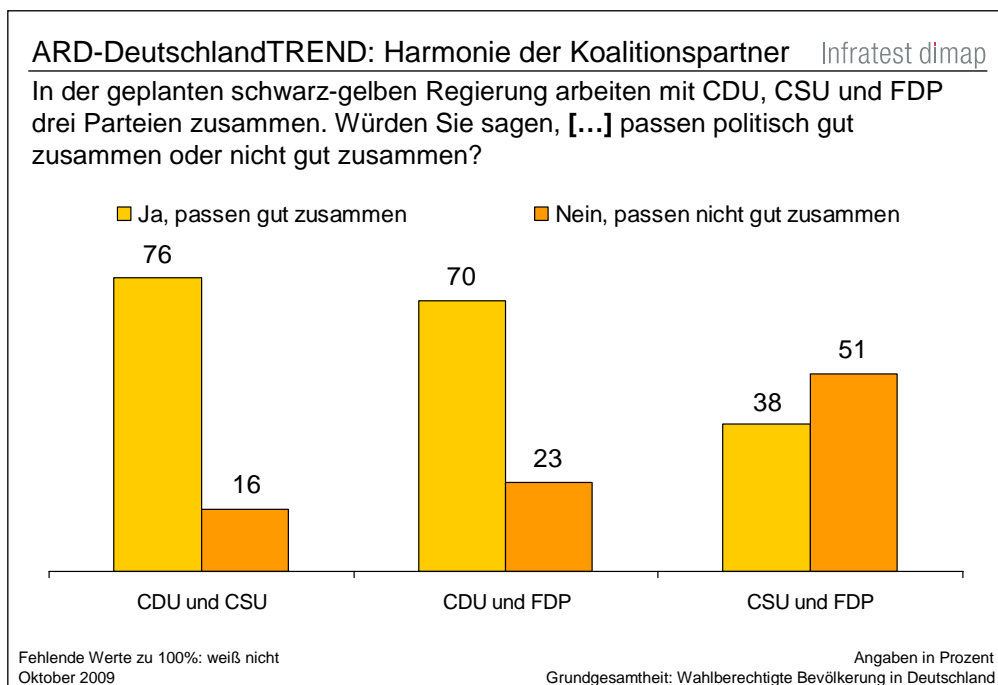
Ungeachtet der Skepsis in Fragen der sozialen Gerechtigkeit geht das Gros der Bundesbürger nicht davon aus, dass der bevorstehende Regierungswechsel eine sozialpolitische Eiszeit in Deutschland einläutet: Nur 21 Prozent glauben, dass es unter einer Koalition von Union und FDP ungerechter zugehen wird als bislang. 54 Prozent erwarten dagegen keine gravierenden Veränderungen in den sozialen Verhältnissen. Jeder fünfte Bürger (22 Prozent) rechnet sogar mit einem Mehr an Gerechtigkeit unter Schwarz-Gelb.



Deutlichere Sorgen machen sich vor allem die Anhänger von SPD (38 Prozent), Linkspartei (40 Prozent) und Grünen (42 Prozent), von denen jeweils vier von zehn mit ungerechteren Verhältnissen unter Schwarz-Gelb rechnen. Aber auch in ihren Reihen überwiegt letztlich die Ansicht, dass es zu keinen wesentlichen Änderungen mit dem Regierungswechsel in Berlin kommen wird.

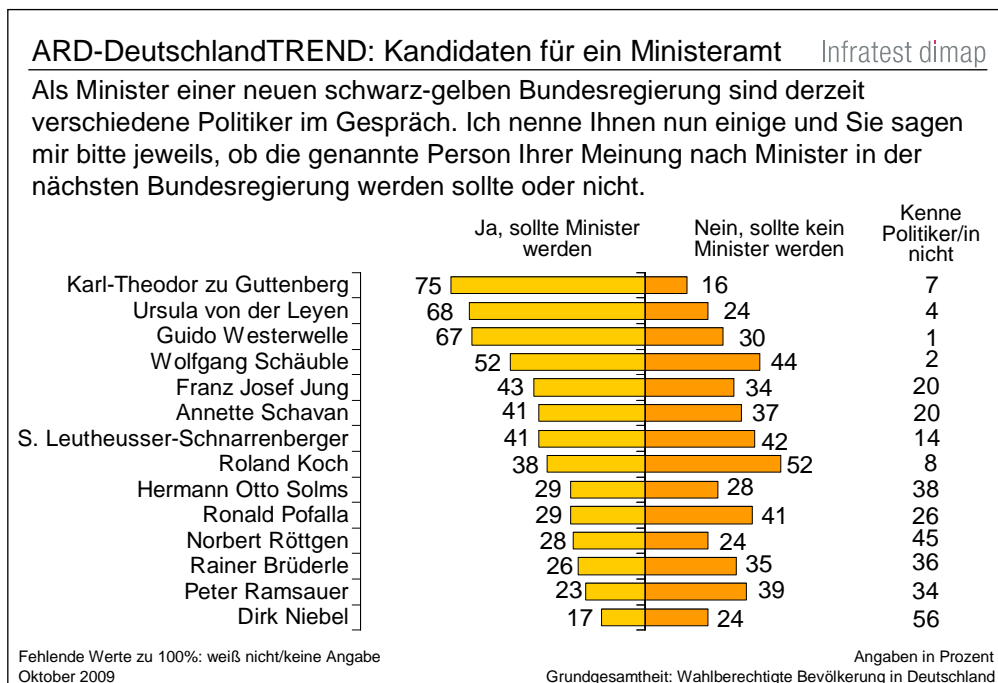
## Schwarz-Gelb: CDU und FDP passen gut zusammen, Differenzen aber zwischen CSU und FDP vermutet

Mit CDU, CSU und FDP verhandeln drei Parteien über die Bildung der nächsten Bundesregierung. In dieser Drei-Parteien-Konstellation vermuten die Bundesbürger größere Differenzen vor allem zwischen Christsozialen und Liberalen: Nach Ansicht von vier von zehn Bundesbürgern (38 Prozent) passen beide Parteien insgesamt politisch gut zusammen, jeder Zweite (51 Prozent) aber bezweifelt dies. Weniger Distanz machen die Deutschen zwischen CDU und FDP aus. Beide Parteien passen nach Ansicht von 70 Prozent der Bundesbürger gut zusammen. Die inhaltliche Nähe der beiden Unions-Parteien steht für 76 Prozent der Deutschen nicht in Frage.



## Neues Kabinett: Guttenberg, von der Leyen und Westerwelle sind Favoriten der Deutschen für Ministerämter, viele Aspiranten aber nicht bekannt

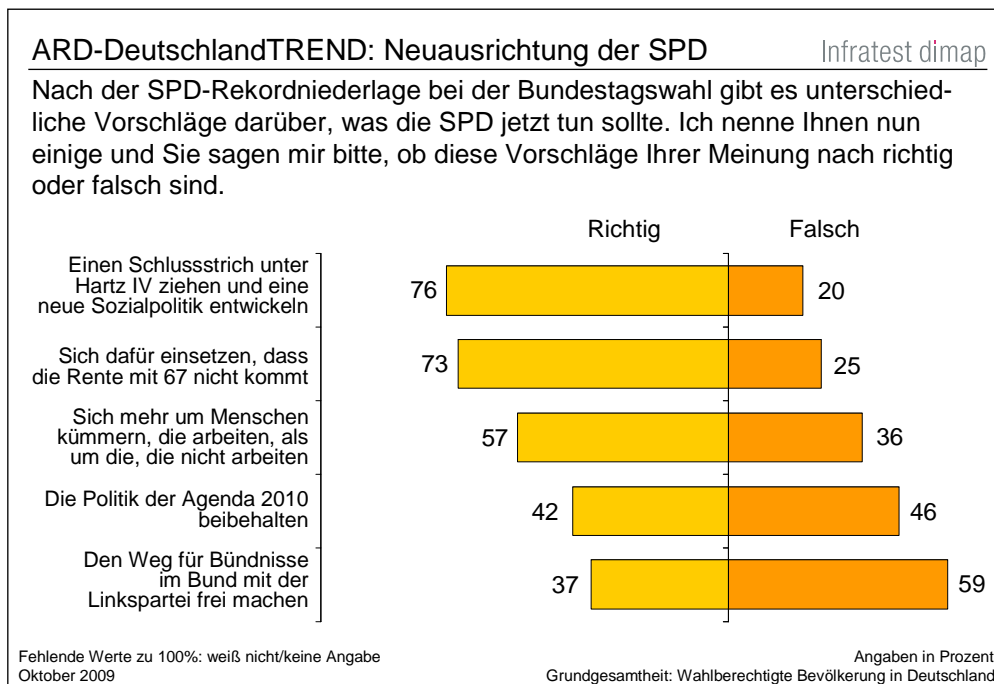
Die bekannten und populären Unions-Minister aus der großen Koalition, Karl-Theodor zu Guttenberg und Ursula von der Leyen sind auch die Favoriten der Deutschen für ein neues Kabinett. Drei Viertel der Bundesbürger (75 Prozent) wünschen sich den bisherigen Wirtschaftsminister als Minister in eine schwarz-gelbe Regierung, sieben von zehn Ursula von der Leyen (68 Prozent). Von den FDP-Politikern erhält Guido Westerwelle den mit Abstand größten Zuspruch. Ihn wünschen sich zwei Drittel (67 Prozent) in ein Ministeramt. Auf dem vierten Platz folgt Wolfgang Schäuble, für dessen Verbleib in einem schwarz-gelben Kabinett sich 52 Prozent aussprechen.



Jeweils vier von zehn Bundesbürgern wünschen sich ein Ressort für den bisherigen Verteidigungsminister Franz Josef Jung (43 Prozent), die momentane Wissenschaftsministerin Annette Schavan (41 Prozent) und die frühere FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (41 Prozent). Auch den hessischen CDU-Ministerpräsident Roland Koch wünschen sich vier von zehn an die Spitze eines Bundesministeriums, eine Mehrheit spricht sich aber gegen seinen Wechsel in die Bundespolitik aus (38:52 Prozent). Mehrheitliche Vorbehalte bezüglich eines Ministeramtes bestehen auch bei CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla (29:41 Prozent) sowie beim bisherigen CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer (23:39 Prozent). FDP-Politiker wie Hermann Otto Solms, Rainer Brüderle und Dirk Niebel sind vielen derzeit kein Begriff, sie stehen auf der Wunsch-Liste der Deutschen für künftige Kabinettsposten daher auch eher hinten. Allerdings überwiegt speziell bei Rainer Brüderle und Dirk Niebel durchaus die Ablehnung, darunter auch bei den FDP-Anhängern.

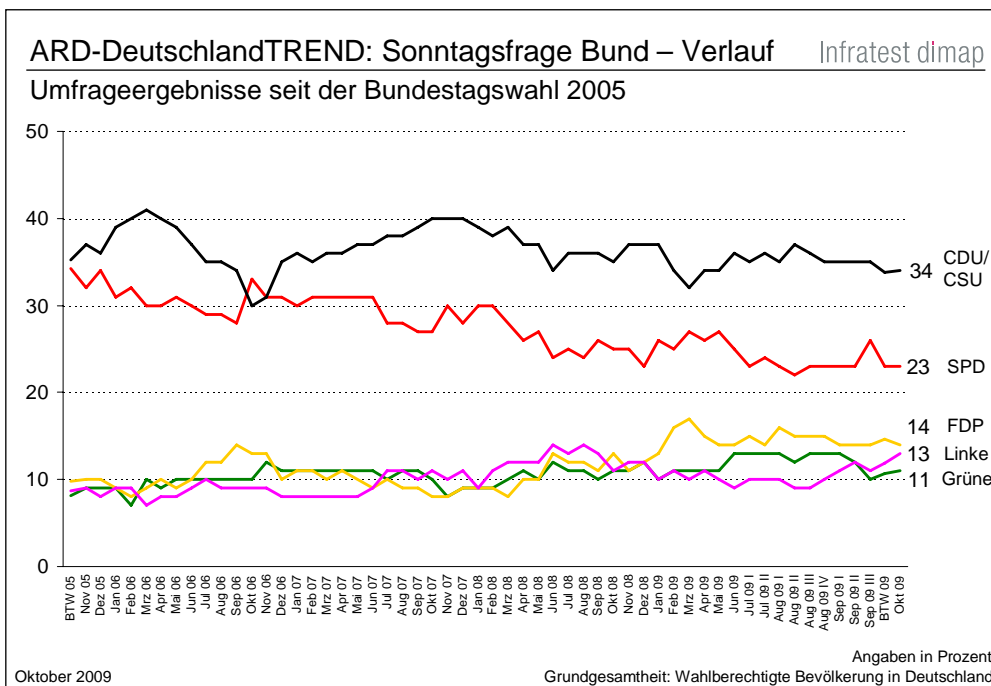
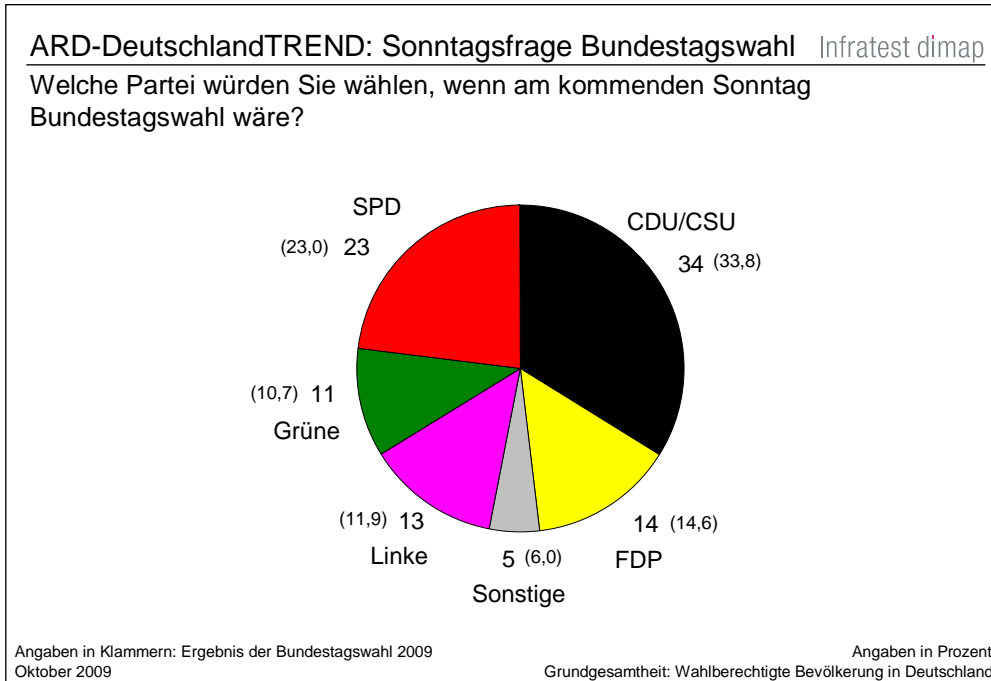
## Neuausrichtung der SPD: Bundesbürger unterstützen Programmkorrekturen, nicht aber koalitionspolitische Öffnung gegenüber Linkspartei

Nach der Rekord-Wahlniederlage finden Vorschläge zu Korrekturen bei der SPD-Programmatik bei den Bundesbürgern große Unterstützung: Drei Viertel (76 Prozent) halten Forderungen an die SPD, unter die Hartz-IV-Politik einen Schlusstrich zu ziehen, für richtig, etwa ebenso viele (73 Prozent) unterstützen den Vorschlag, die Rente ab 67 wieder abzuschaffen. Entsprechend sehen nur vier von zehn (42 Prozent) in der Fortsetzung der früheren Agenda-Politik einen richtigen Weg für die Partei. Zugleich unterstützen jedoch sechs von zehn Deutschen eine wieder stärkere Hinwendung der SPD auf die Bedürfnisse der Beschäftigten. Eine koalitionspolitische Neuorientierung der SPD im Bund in Richtung Linkspartei sehen die Deutschen eher skeptisch. Sechs von zehn (59 Prozent) halten eine solche für falsch.



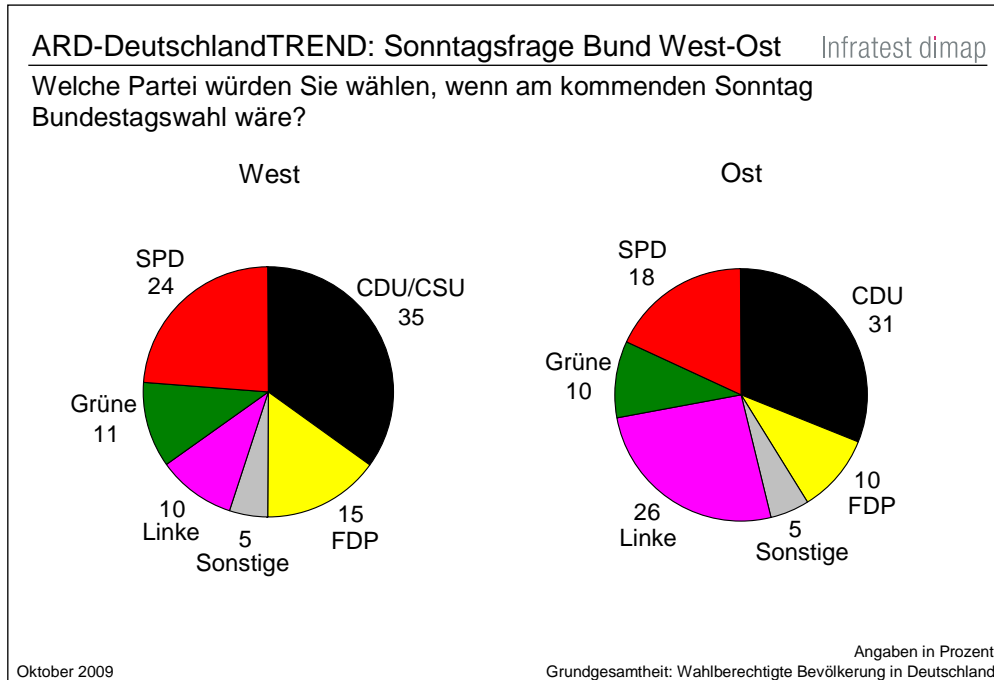
In den Reihen der SPD finden sozialpolitische Programmkorrekturen ebenfalls Unterstützung. Allerdings bleibt eine völlige Abkehr von der Agenda 2010 unter den SPD-Anhängern umstritten. So hält die Hälfte der SPD-Anhänger (50 Prozent) die Beibehaltung der Agenda-Politik für richtig. Gleichzeitig polarisiert die Öffnung der Partei gegenüber Bündnissen mit der Linken im Bund: Jeder Zweite (49 Prozent) betrachtet eine solche für richtig, immerhin vier von zehn (43 Prozent) bewerten sie jedoch als falsch.

**Sonntagsfrage: 95 Prozent würden wieder so wählen wie am 27. September**



Der Berliner Politikbetrieb hat nach der Wahl die politische Stimmung nicht wesentlich verändert. Diejenigen, die am 27. September an die Urnen gegangen sind, würden zu 95 Prozent bei ihrer Wahlentscheidung von vor eineinhalb Wochen bleiben. Im Ergebnis würde eine Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt den Ausgang vom 27. September weitgehend bestätigen. Die Union könnte aktuell mit 34 Prozent rechnen, am Wahlsonntag hatte sie 33,8

Prozent erzielt. Die SPD würde mit 23 Prozent ihr Wahlergebnis vom Sonntag erreichen (23,0 Prozent), ebenso die FDP mit 14 Prozent (14,6 Prozent). Die Linkspartei läge mit 13 Prozent (11,9 Prozent) etwas besser als am 27. September. Die Grünen hätten mit 11 Prozent ihr Wahlergebnis (10,9 Prozent) erneut in Aussicht.



In den **alten Bundesländern** käme die Union auf 35 Prozent (27. September: 34,9 Prozent), die SPD auf 24 Prozent (24,2 Prozent). Die Liberalen würden 15 Prozent der Stimmen erzielen (15,4 Prozent), die Grünen 11 Prozent (11,3 Prozent). Die Linke käme auf 10 Prozent (8,3 Prozent).

In den **neuen Bundesländern** käme die Union auf 31 Prozent (27. September: 29,5 Prozent), die SPD auf 18 Prozent (18,3 Prozent). Die Liberalen würden 10 Prozent der Stimmen erzielen (11,0 Prozent), ebenso die Grünen (8,3 Prozent). Die Linke käme auf 26 Prozent (26,4 Prozent).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

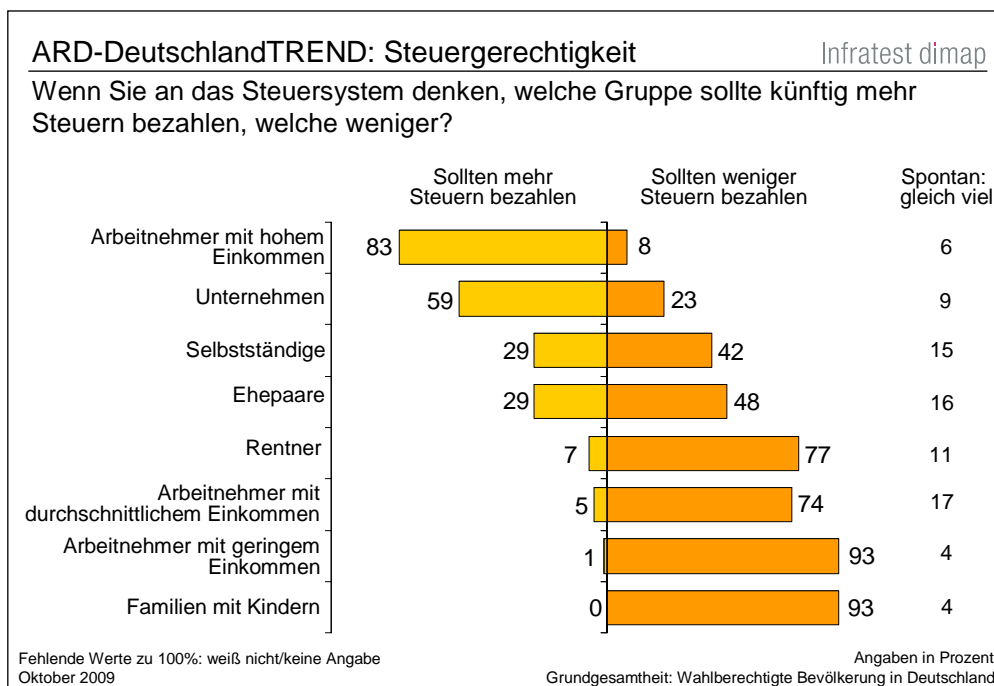
## Haushaltsprioritäten: Ausgaben für Bildung und Gesundheit sind Deutschen am wichtigsten

Die Rekordverschuldung des Bundes zwingt zu klaren Prioritäten in der Haushaltspolitik. Die Bundesbürger betrachten als wichtigste Politikfelder für Investitionen die Schul- und Bildungs- sowie die Gesundheitspolitik: 56 Prozent wünschen sich eine Förderung von Schulen und Hochschulen, 51 Prozent die Verwendung öffentlicher Gelder, um Gesundheits- und Pflegeleistungen bezahlbar zu halten. Jeweils drei von zehn machen sich für öffentliche Gelder zur Unterstützung von Eltern mit Kindern (30 Prozent) bzw. für die Stabilisierung der Renten stark (27 Prozent). Steuersenkungen (18 Prozent) sollte nach Ansicht der Bundesbürger dagegen nicht oberste Priorität in der Haushaltspolitik haben, ebenso wenig Unterstützungsleistungen für sozial Schwache (14 Prozent).



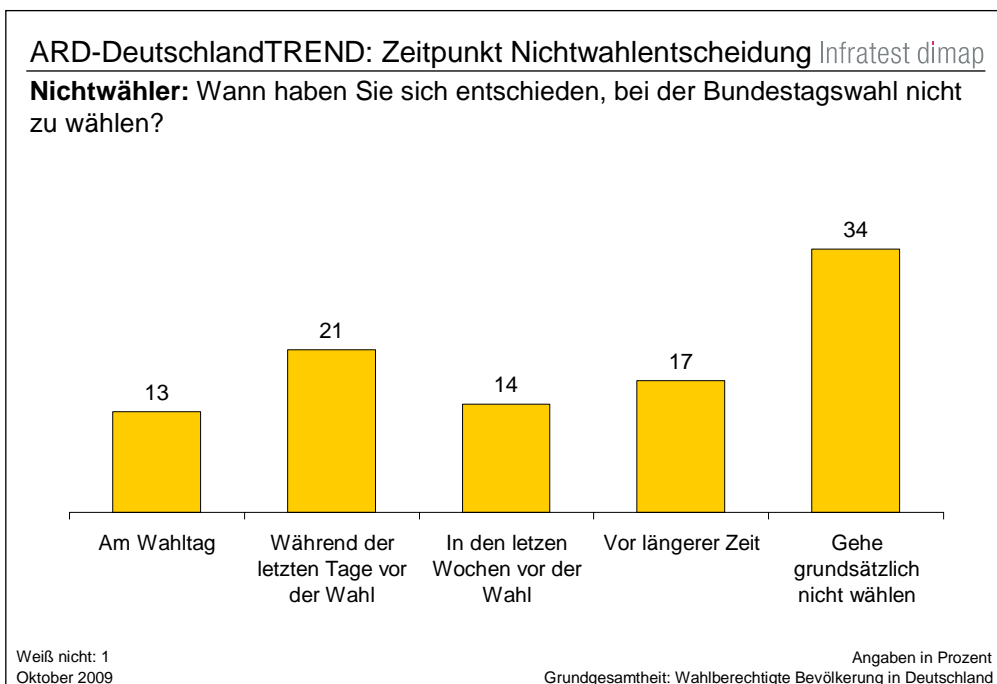
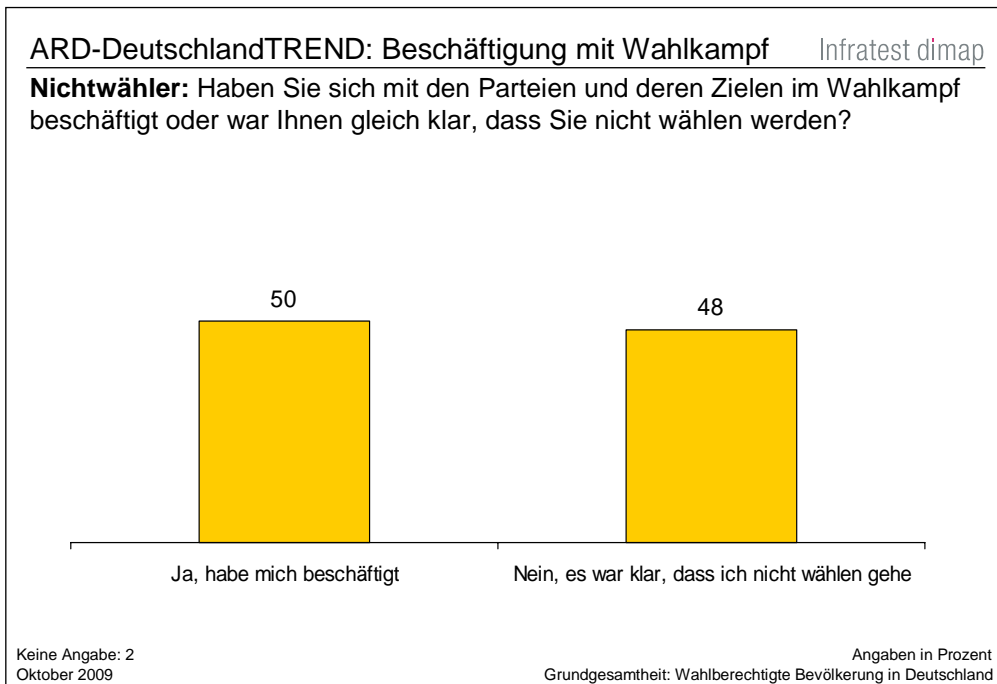
### Steuersenkungen: Entlastungen für Arbeitnehmer, Familien und Rentner gewünscht, nicht aber für Unternehmen

Wenn Steuern gesenkt werden sollten, dann sollte dies nach Ansicht der Bundesbürger in erster Linie den Arbeitnehmern mit niedrigen (93 Prozent) und mittleren Einkommen (74 Prozent), Familien mit Kindern (93 Prozent) sowie Rentnern zugute kommen (77 Prozent) zugute kommen. Auch mit Blick auf Ehepaare (48:29 Prozent) und Selbständige (42:29 Prozent) überwiegt die Forderung nach steuerlichen Entlastungen. Steuerlich eher mehr als weniger schultern sollten nach Ansicht der Bundesbürger künftig dagegen Arbeitnehmer mit hohem Einkommen (83:8 Prozent) sowie die Unternehmen (59:23 Prozent).

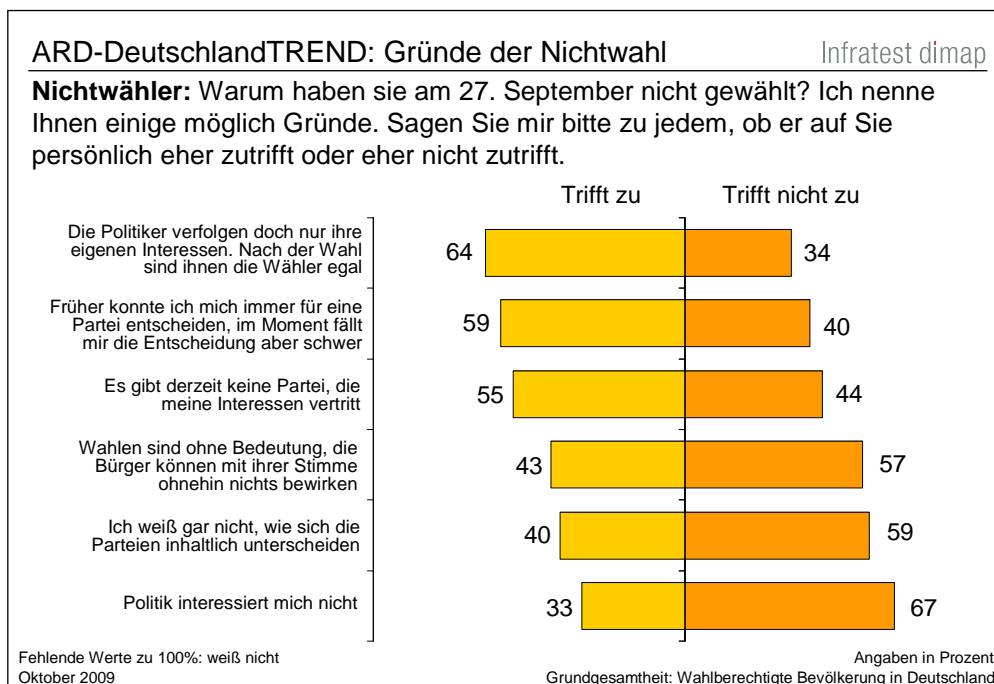


**Nichtwähler: Jeder zweite Nichtwähler wollte von vornherein nicht wählen**

Am 27. September blieben drei von zehn Bundesbürgern den Urnen fern. Jeder zweite Nichtwähler hat sich nach eigenem Bekunden im Vorfeld durchaus mit den Zielen der Parteien beschäftigt (50 Prozent). Ebenso vielen (48 Prozent) aber war von vornherein klar, dass sie nicht an den Wahlen teilnehmen würden, darunter überdurchschnittlich viele Wahlberechtigte mit einfachem Bildungs- und Berufsstatus.



Entsprechend war auch bei der Hälfte der Nichtwähler die Entscheidung gegen eine Wahlteilnahme bereits frühzeitig gefallen, weil sie entweder grundsätzlich nicht wählen gehen (34 Prozent) oder diesmal für sie schon lange vor dem Wahltag eine Wahlteilnahme nicht in Frage kam (17 Prozent). Bei der anderen Hälfte aber fiel die Entscheidung erst in der Zeit des Wahlkampfes: Bei 14 Prozent reifte der Entschluss in den letzten Wochen vor der Wahl. Ein Drittel der Nichtwähler hat sich erst am Wahltag selbst (13 Prozent) oder in den Tagen unmittelbar vor der Wahl (21 Prozent) entschlossen, den Urnen fernzubleiben.



Politisches Desinteresse spielte mit 33 Prozent für die Nichtwähler vom 27. September insgesamt nur eine geringe Rolle. Vier von zehn (40 Prozent) begründen ihre Nichtwahl dagegen mit dem Gefühl, dass sich die Parteien nicht wesentlich unterscheiden, ebenso viele (43 Prozent) mit dem Argument, dass ihre Stimme nichts bewirken würde und Wahlen damit unwichtig seien. Bedeutsamer bei der Wahlabstinz war der Eindruck, dass die heutigen Politiker Wählerinteressen im politischen Alltag zu wenig repräsentieren (64 Prozent). Entsprechend betrachten über die Hälfte der Nichtwähler auch die Parteien nicht als überzeugende Sachwalter ihrer persönlichen Interessen (55 Prozent). Im Ergebnis fiel den meisten Nichtwählern die Entscheidung zugunsten einer Partei so schwer, dass sie nicht an die Urnen gingen (59 Prozent).

Während die Nichtwähler, die von vornherein den Urnen fern bleiben wollten, auch bei künftigen Wahlen kaum zu mobilisieren sein dürften, bestehen bei denen, die ihre Wahlteilnahme vor dem 27. September länger offen gehalten haben, durchaus Mobilisierungschancen. Nicht nur sind sie im Unterschied zu den früh festgelegten Nichtwählern politisch interessiert. Auch glauben sie nach wie vor an die Bedeutung von Wahlen und erkennen durchaus inhaltliche Unterschiede zwischen den politischen Parteien an.